Nummer 140 — Halle, Mittwoch, den 18. Juni 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Von Guenther Thomas.

Durch die Tatsache, daß die Republikanische Partei in Amerika den Präsidenten Coolidge und den weltbekannten General Dawes als Kandidaten für die beiden höchsten Aemter der Republik jenseits des Atlantischen Ozeans aufgestellt hat, wird das Interesse, das Deutschland an dem Präsidentschaftskampf drüben nimmt, noch stark erhöht. Es ist ein merkwürdiger Umschwung, der sich in verhältnismäßig kurzer Zeit in den Ansichten der maßgebenden Kreise der augenblicklich am Ruder befindlichen Partei vollzogen hat.

Zum Verständnis dessen muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß der verstorbene Präsident Harding bei seiner Aufstellung als Kandidat vor zehn vier Jahren zu den „Unversöhnlichen" gehörte, die entschlossene und abgesagte Gegner einer jeden Beteiligung der Vereinigten Staaten an europäischen Angelegenheiten war. In diesem damaligen Sieg der „Unversöhnlichen" machte sich die Reaktion gegen die unrühmliche Rolle geltend, die Wilson bei den Friedensverhandlungen in Paris gespielt hatte die Folge war, die beabsichtigte Isolierung Amerikas, die uns wahrlich genug geschadet hat, da durch das Fernbleiben der amerikanischen Vertreter aus der Reparationskommission das Uebergewicht Frankreichs und Belgiens hergestellt wurde. Nunmehr haben aber dringende wirtschaftliche Interessen, vor allen Dingen der stockende Absatz amerikanischer Rohstoffe auf dem Arbeitsgebiet Mitteleuropas die Mandung erzeugt, die sich auch in politischer Hinsicht geltend macht.

Die Plattform, auf der die beiden Kandidaten Coolidge und Dawes stehen, beschäftigt sich diesmal sehr stark mit europäischen Angelegenheiten, abgesehen davon, daß der Name des Mannes, nach dem das Gutachten der Sachverständigen benannt worden ist und der selbst hervorragenden Anteil am Zustandekommen des Gutachtens gehabt hat, ein Programm an sich bedeutet. Wie auch die Präsidentschaftswahl auslaufen mag — wenn die Republikanische Partei am Ruder bleiben sollte, dann darf man damit rechnen, daß die Vereinigten Staaten ehrlich und aufrichtig für die Durchführung der im Gutachten enthaltenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen eintreten werden. Wenn sich Amerika dementsprechend in Zukunft wie bei den Arbeiten der Sachverständigen selbst so auch an der Reparationskommission und auf anderen verwandten Gebieten beteiligt, ist es im Verein mit England und Italien in der Lage, etwaige Rückfälle einer französischen Regierung im Sinne Poincarés unschädlich zu machen.

Zweifellos wird mit der Aufstellung von Dawes als Kandidaten in der Wahlkampagne das Gutachten in den Vordergrund gestellt werden, es sei denn, daß auch die demokratische Partei sich rückhaltslos in dieser Frage auf denselben Boden stellt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Demokraten, um die deutsch-amerikanischen Stimmen zu gewinnen, noch einen Schritt weiter gehen und Forderungen zur Aenderung des Versailler Vertrages aufstellen werden. Sollte das der Fall sein, könnten wir damit zufrieden sein. Im übrigen wird in der Präsidentschaftskampagne voraussichtlich die Prohibitionsfrage gleichfalls eine wichtige Rolle spielen, obwohl in beiden Parteien die Ansichten darüber geteilt sind.

Die Republikaner haben die Frage bisher überhaupt nicht erwähnt — ein Zeichen, wie eifrig sie sich davor hüten, eine heiße Kartoffel anzufassen. Bei ihnen überwiegen noch immer die Freunde der Prohibition. Bei den Demokraten scheinen die Gegner stärker zu sein; doch ist es immerhin fraglich, ob diese sich schon in diesem Jahr zu einer entschiedenen Stellungnahme werden aufraffen können. Möglicherweise werden sie eine mildere Auslegung des Begriffes „alkoholische Getränke" verlangen und das wäre auch schon ein Fortschritt, der geeignet wäre, ihnen die Stimmen der Deutsch-Amerikaner zu gewinnen. Jedenfalls darf man in doppelter Hinsicht auf die weitere Entwicklung gespannt sein.

Ein englisch-mexikanischer Zwischenfall.

Im Unterhause gab Macdonald eine Erklärung über die Lage des britischen diplomatischen Agenten in Stadt Mexiko, Cummins, ab, den die mexikanische Regierung unter allen Umständen ausweisen möchte, und der gegenwärtig in der britischen Botschaft belagert wird. Macdonald erklärte, daß man in dieser Aktion der mexikanischen Regierung eine grobe Verletzung der internationalen Höflichkeit sehe, doch erwarte man noch weitere Mitteilungen.

Provokationen gegen Deutschland.

Herriots Regierungsprogramm.

Nollet Kriegsminister. Erneute Kontrolle.

Havas veröffentlicht folgende Hauptpunkte der Regierungserklärung des Kabinetts Herriot, die am Dienstag nachmittag abgegeben wird:

Allgemeine Amnestie, Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner, Aufhebung der Botschaft beim Vatikan, Herabsetzung der militärischen Lasten in einem mit der Sicherheit des Landes zu vereinbarenden Maße.

Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und Wiederherstellung des Zündholzmonopols. Budgetausgleich. Verfolgung der Steuerhinterziehung und Neuordnung der direkten Steuern.

Befestigung des Friedens durch Verständigung zwischen den Regierungen; Ausdehnung der Aufgaben des Völkerbundes und des internationalen Haager Schiedsgerichts, Wiederherstellung der normalen Beziehungen zu Rußland.

Annahme des Sachverständigenberichtes ohne Hintergedanken, Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung bis zur Bestätigung und Uebergabe der im Dawesbericht vorgesehenen Pfänder.

Wiederaufnahme der Kontrolle der deutschen Abrüstung. Lösung der Sicherheitsfrage, Verwirklichung von Garantiepakten, die der Autorität des Völkerbundes unterstellt werden sollen.

*

Herriot hat es für zweckmäßig gehalten, sich als Kriegsminister ausgerechnet den General Nollet auszusuchen, der durch seine langjährige Berliner Tätigkeit der bestgehaßte Franzose in Deutschland ist. Das ist all den Illusionspolitikern, die geglaubt haben, daß mit dem Rücktritt Poincarés und Millerands ein neues Zeitalter deutsch-französischer Verständigung heraufziehen würde, ein arger Strich durch die Rechnung. Der „Vorwärts" bringt es sogar fertig, Nollet zu bescheinigen, daß er nicht allein als ein überzeugter Republikaner und Demokrat gelte, sondern von seinen intimen Freunden im Grunde genommen als ein Pazifist bezeichnet werde. Das ist ein Fall unheilbarer Naivität. Selbst, wenn es richtig sein sollte, daß General Nollet die Absicht hat, auch in Frankreich abzurüsten, selbst wenn es richtig sein sollte, daß er nicht ganz so draufgängerisch gewesen ist wie Poincaré und man in Frankreich mancherlei anders gemacht hat, als er es wünschte, so bleibt nun doch einmal die Tatsache stehen, daß mit Nollet der Mann an die Spitze des französischen Kriegsministeriums gelangt ist, der in seinem Auftreten der Exponent des hochmütigsten französischen Chauvinismus war. Und, damit man diese Ernennung auch nicht mißversteht, hat Herriot, bevor er noch seine Erklärung in der Kammer verlas, ihr einen Kommentar mit auf den Weg gegeben, worin er bestätigt, daß sein Kabinett viel schärfer gegen Deutschland sein werde, als andere. Die Teilnahme Nollets in der Regierung soll

„das sichtbare Zeichen sein, daß Deutschland nicht gestattet werde, den Frieden zu kompromittieren".

Es ist nicht zu vergessen, daß Herriot keineswegs der „starke Mann" ist; die Minderheit, die ihm gegenübersteht, ist zahlenmäßig recht kräftig und steht zudem unter der geschickten Führung Poincarés. Wenn er also eine Politik machen will, die sich von den Bahnen Poincarés abdreht, darf er sich nicht nachlagen lassen, daß er auf nationalem Gebiete irgendwie abbaut. Er muß daher gerade in Sachen der Entwaffnung sehr kräftige Töne anschlagen, weil ihm sonst von Anfang an nationaler Verrat vorgeworfen wird und ihm vielleicht sogar seine Minderheit unter den Händen zerbröckelt. Darüber soll man sich bei uns klar sein, daß kein französisches Kabinett in punkto Entwaffnung uns irgendwie entgegenkommen kann. Dazu ist die Angst vor Deutschland drüben noch viel zu groß — nebenbei bemerkt auch in England —, als daß irgendein französischer Politiker, ganz gleich, welcher Partei er angehört, auf die „Sicherungen" glaubt verzichten zu können, die in dem Versailler Schandvertrag getroffen sind, um Deutschland militärisch an die Kandare zu legen.

Nollet müßte eigentlich lange genug in Deutschland gelebt haben, um aus eigener Anschauung zu wissen, daß gerade, weil der moderne Krieg eine Angelegenheit der Technik ist, jeder Vergleich mit 1806 hinkt. Damals konnten wir mit Hilfe des Krümpersystems eine neue Armee auf die Beine stellen, die zur Not mit dem Kolben den Feind totschlug. Heute aber ist jeder Revanchevers ucht lächerlich, so lange wir ein Heer uns gegenübersehen, das mit Giftgasen, Tanks, schwerer Artillerie und Flugzeugen ganz Deutschland in aller Ruhe zusammenschießt, ohne daß wir die Möglichkeit einer Gegenwirkung haben. Wir hoffen alle, daß sich das einmal ändert. Solange aber die Dinge nun einmal so zu unseren Ungunsten gelagert sind, müssen wir die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß wir klug daran tun, alles zu vermeiden, was den Hetzapofteln des französischen Chauvinismus eine Handhabe für ihr törichtes Gerede von den deutschen Rüstungen geben könnte.

Bezeichnend genug hat neulich sogar der deutschnationale Lokalanzeiger die verblümte Mahnung eines englischen Generalstabsoffiziers aufgenommen, der darauf hinwies, wie sinnlos es wäre, durch Massendemonstrationen den Eindruck einer gewaltigen militärischen Rüstung vorzutäuschen, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Vor hundert Jahren war man darin wesentlich klüger: man handelte und sprach nicht davon. Wir dagegen können nicht anders, als dauernd Reden zu halten, hinter denen nichts steckt. Es wäre doch an der Zeit, daß dieser Unfug endlich einmal aufhörte. Nie hat das Wort Moltkes von dem „Mehr scheinen als sein" größere Berechtigung gehabt als heute. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß der Augenblick der großen Generalabrechnung für das Unrecht von Versailles einmal kommt, aber wir müssen den richtigen Zeitpunkt abwarten können. Wenn wir uns statt dessen in leeren Drohungen verzetteln, dann dürfen wir uns nicht wundern, falls auch die ruhigen Franzosen schließlich nervös werden und Herrn Nollet als Kinderschreck gegen die deutsche Gefahr an die Front schicken.

*

Berlin, 17. Juni. Der frühere Kriegsminister Maginot hat beim Verlassen des Kriegsministeriums an seine Mitarbeiter eine Ansprache gehalten und u. a. folgendes ausgeführt: Derjenige, welcher nach mir den Posten übernimmt, wird genau so handeln wie ich. Der frühere Präsident der Interalliierten Militärkontrolle weiß besser als jeder andere Bescheid über militärische Absichten Deutschlands. Er weiß, was Deutschland zurzeit vorbereitet. (?) Wir müssen volles Vertrauen zu diesem Soldaten, dem General Nollet haben. Die französische Nation muß die militärische Kraft erhalten, die sie braucht.

* * *

Herriot beim deutschen Botschafter.

Herriot hatte sich gestern gegen 5 Uhr zu dem deutschen Botschafter von Hoesch begeben. Er hat mit ihm eine einstündige Besprechung gehabt. Die deutsche Botschaft erklärte, sich über die Fragen der Besprechungen nicht äußern zu können. Es ist das erstemal, daß ein französischer Ministerpräsident seit dem Kriege der deutschen Botschaft in Paris einen Besuch abgestattet hat.

Abermals ein politischer Mord?

Wie aus Agram verlautet, ist dort das Gerücht verbreitet, daß der Führer der kroatischen Bauernpartei, Raditsch, der sich nach Moskau begeben hatte, dort ermordet worden sei. Eine Bestätigung dieses Gerüchts war nicht zu erlangen.

*

Die Sofioter Polizei verhaftete den Mörder des Bauernbündlerischen Abgeordneten Petkoff. Der Mörder hat ein vollständiges Geständnis abgelegt.

Saargebietsfragen im Völkerbundsrat.

Im Völkerbundsrat kam am Montag der Wunsch der englischen Regierung auf Feststellung der Befugnisse und Verantwortlichkeit der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes zur Sprache. Der Rat stimmte der Auffassung des Präsidenten Benesch zu, wonach die Regierungskommission des Saargebiets in ihrer Gesamtheit dem Rate gegenüber verantwortlich ist.

*

Zweifellos ein ganz löblicher Beschluß, es fehlt nur noch, daß auch mal der Völkerbundsrat danach fragt, wie denn diese Regierungskommission arbeitet. Denn bekanntlich steht diese Regierungskommission unter französischem Einflusse. Das wird auch unter Herriots Regierung sich nicht ändern, zum Nutzen Frankreichs und zum Nachteil des Saarlandes.

Sommerreisen und Politik.

Aufhebung des Ausreiseverbots!

Man schreibt uns von besonderer Seite:

Wenn man manche Zeitungen verfolgt, so hat man den Eindruck, als bestünde für große Teile des deutschen Volkes keine andere Sorge als die, im Sommer 1924 unbedingt nach Italien zu reisen. Im vorigen Jahre war man froh, Margarine und Kartoffeln kaufen zu können, jetzt auf einmal hängt die deutsche Kultur und der deutsche Mittelstand angeblich davon ab, daß man demnächst am Lido spazieren gehen kann.

Anscheinend hat man in weiten Kreisen der deutschen Oeffentlichkeit noch immer keinen Blick für die politischen Wirkungen, die von dem persönlichen Aufwand zahlreicher Einzelpersonen ausgehen müssen, sonst würde man nicht in einer Zeit, in welcher die Not großer Volksschichten und der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft offenbar ist, zu Zehntausenden ins Ausland gehen. Hat man denn gar kein Gefühl dafür, welchen Eindruck es auf das Ausland macht, wenn in derselben Stunde, in der die fremden Sachverständigen in Paris über die Höhe der deutschen Jahresleistung verhandeln, bekannt wurde, daß 75 000 Deutsche in Italien weilten, mehr also, als in den besten Zeiten des Kaiserreiches?

Die Klagen gegen die Verordnung über die Ausreisen mögen in vielen Fällen beachtlich sein. Man mag, um die „Luxusreisenden" wirklich zu treffen, verlangen, daß die Gebühr von 500 auf 1000 Mark gesetzt oder noch höher gestaffelt werden kann. (Ein vollkommenes Verbot ist ja wegen seiner Rückwirkungen auf die handelspolitischen Beziehungen nicht denkbar.) Im ganzen genommen aber waren die Einschränkungen geboten: allein die Tatsache, daß der Lire in Berlin ständig im Steigen war, weil die Nachfrage nach diesem Zahlungsmittel immer größer wurde, läßt doch deutlich erkennen, daß schon rein währungspolitische Gründe für die Verordnung der Regierung sprachen.

Grundsätzlich wird es also aus sachlichen Gründen dabei bleiben müssen, daß der Fremdenstrom sich nicht ungehindert ins Ausland ergießt. Ueber Erleichterungen kann man reden. Besonders ist zu erwägen eine Ausnahme für von Reichsdeutschen allgemein benutzte Badeorte der unmittelbaren Nachbarländer. Den berechtigten Klagen aus Deutsch-Oesterreich, aus der Schweiz und aus den böhmischen Bädern würde damit Rechnung getragen. Auf Italien besondere Rücksichten zu nehmen, dafür bestehen wohl keine besonderen Anlässe. Wenn wir aus Gründen handelspolitischer Gegenseitigkeit kaum in der Lage sind, der Rieseneinfuhr von Südfrüchten eine Schranke entgegenzusetzen, so muß dazu nicht auch noch die Ausfuhr der Rentenmark treten. Wer aus wissenschaftlichen Anlässen nach Italien reisen will, wird das ohne Not noch um ein weiteres Jahr verschieben können, bis die Fragen der Gutachten der Sachverständigen und der Reparationen eine Lösung gefunden haben.

Daß gerade die deutschnationale Presse sich der Italien-Reisenden so annimmt, ist einigermaßen auffällig. Jahrelang hat sie uns erzählt, daß Deutschland reich an Naturschönheiten sei und daß wir es nicht nötig hätten, unser Geld ins Ausland zu tragen. Auch die Vorliebe für Herrn Mussolini ist wenig begründet. Abgesehen von Polen hat kein Staat die brutale Unterdrückung des Deutschtums so rücksichtslos durchgeführt wie das faszistische Italien, das sogar den alten historischen Namen Tirol verboten hat.

Es bleibt festzuhalten: Im einzelnen sind Milderungen angebracht. Im ganzen genommen aber hat das verarmte Deutschland von heute keinen Grund, durch massenhafte Auslandsreisen einen Wohlstand oder gar einen Luxus vorzutäuschen, der längst nicht mehr vorhanden ist. Wer einigermaßen politische Einsicht besitzt, wird anerkennen müssen, daß eine solche Einschränkung auch aus außenpolitischen Gründen durchaus geboten ist und im vater-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240618017/fragment/page=0001

ländischen Interesse liegt. Wir möchten deshalb hoffen, daß die Reichsregierung aller Agitation zum Trotz — die ja doch nur von wenigen Leuten ausgeht, hinter denen sich der eigentliche Mittelstand nicht befindet — in ihrer grundsätzlichen Haltung fest bleibt.

*

Die vorstehenden Ausführungen behalten ihre grundsätzliche Bedeutung, obgleich inzwischen das Reichskabinett beschlossen hat, das Ausreiseverbot generell aufzuheben. Hierüber verlautet:

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Aufhebung der Ausreisegebühr von 500 M. zu empfehlen. Der Reichspräsident hat sich damit einverstanden erklärt. Der Erlaß einer entsprechenden Verordnung steht bevor.

Das Reichskabinett ging bei seinem Beschluß davon aus, daß die bekannten Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Verordnung geführt haben, nämlich die besonders bedrohliche Lage der Währung, zur Zeit in gleichem Ausmaße nicht mehr bestehen. Die Verordnung hat aber als unvermeidliche Notmaßnahme ihre Schuldigkeit getan. Sie hat besonders bewirkt, daß der Osterverkehr nach dem Süden, der sonst unerträglich und nach Art der im Frühjahr Reisenden besonders kostspielig gewesen wäre, abgestoppt worden ist. Zahllose Goldmillionen, die im wesentlichen zu Vergnügungszwecken ausgegeben worden wären, sind dadurch im Inland zurückgehalten worden und der gesamten Wirtschaft erhalten geblieben. Nachdem die Lage der Währung die Aufrechterhaltung einer so einschneidenden Maßnahme nicht mehr zwingend erfordert, kann nunmehr die Aufhebung der Verordnung erfolgen. Diese entspricht der bei Erlaß der Verordnung sofort erklärten Absicht, sie nicht länger aufrecht zu erhalten, als dies zum Schutze der Währung unumgänglich notwendig sei.

Reichsdeutscher Mittelstandstag

Auf der Tagung in Bremen wurde nach einem Vortrage des Verbandsdirektors Krebs-Breslau über „Grundsätzliches gegen die heutige Steuerpolitik" eine Entschließung gefaßt, in der das Verlangen an die deutsche Reichsregierung gestellt wird, die Steuerpolitik, wie sie gegenwärtig gehandhabt wird, einer gründlichen Aenderung zu unterziehen, und zwar müsse

1. **verlangt werden, daß die sämtlichen Steuergesetze daraufhin nachgeprüft werden, welche der bestehenden Steuern einen wirklichen Ueberschuß für das Reich ergeben und bei welchen die Erhebung mehr Kosten verursacht, als die Steuer einbringt. Letztere müssen unbedingt abgebaut werden.**
2. **wird verlangt, daß die Steuergesetze so einfach und gemeinverständlich wie nur irgend möglich abgefaßt werden, damit auch der einfachste Steuerzahler sich einen klaren Begriff darüber machen kann, wie er die Steuern zu berechnen und zu zahlen hat.**
3. **Die Reichsabgabenordnung ist einer gründlichen Revision zu unterziehen, und für die Steuerbehörden sind auch Mußvorschriften einzuführen, vor allen Dingen müssen die Finanzbehörden verpflichtet sein, ordnungsmäßige Bücher als maßgebend anzuerkennen, und es muß den Finanzämtern untersagt werden, bei ordnungsmäßiger Buchführung eine anderweitige willkürliche Festsetzung der Steuern vorzunehmen. Ueberall dort, wo in der Reichsabgabenordnung den Finanzämtern Kannvorschriften zugebilligt sind, müssen dafür Mußvorschriften gesetzt werden.**

Ferner wurde in einer Entschließung die Wiederbelebung des Baumarktes als eine der dringendsten Aufgaben der verantwortlichen Regierungsstellen im Reich und Ländern bezeichnet. Eine durchgreifende Besserung könne jedoch nur von wirklichen Erfolgen begleitet sein, wenn insbesondere die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen beseitigt werde mit dem Ziele der Freiwirtschaft unter Aufrechterhaltung eines gerechten Mieterschutzes für eine kurze Uebergangszeit, Lockerung der Kreditrestriktion der Reichsbank für Neubauzwecke — die auf Grund der 3. Steuernotverordnung für die Bautätigkeit hervorzurufenden Mittel können den Wohnbedürfnissen nicht genügen — und weitgehende Steuererleichterungen für Bauvorhaben und erste Verkäufe der neuen Häuser.

Industrie und Sachverständigengutachten.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat den Hauptausschuß des Reichsverbandes auf den 2. Juli nach Berlin eingeladen, um zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den gesamten Fragen der Reparationsfrage, insbesondere zu dem Inhalt des Sachverständigengutachtens Stellung zu nehmen, da bis dahin voraussichtlich die Arbeiten der von der Reparationskommission eingesetzten Einzelausschüsse in Paris zu einem gewissen Abschluß gelangt sein werden.

Die Wirtschaft verlangt . . .

In der außenpolitischen Wochenschau der Kreuzzeitung (Nr. 270) stellt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Höpfl fest, daß die Regierung Marx-Stresemann nunmehr legitimiert sei, die notwendigen Gesetzentwürfe zur Durchführung des Gutachtens der Sachverständigen fertigzustellen. Er drängt zur größten Eile, indem er ausführt:

„Das ist aber auch nötig. Jetzt muß im weitesten Rahmen außenpolitisch gearbeitet werden! Jetzt muß die Zeit nachgeholt werden, die in den Wochen der Regierungsbildung vertrödelt worden ist. Es ist ja ganz unmöglich, daß ein Teil des Reiches, das Ruhrgebiet, mit den Micum-Verträgen die Lasten der Reparation trägt, die das ganze Reich tragen müßte. Die Wirtschaft verlangt, daß die heutigen unsicheren Zustände aufhören, und das Ruhrgebiet am meisten. Sie verlangt, daß die Erörterung über das Gutachten in Fluß und zum Abschluß komme. Sie verlangt, daß neues Blut in ihre verdorrenden Adern gepumpt wird."

Die Ausführungen des Abgeordneten Höpfl scheinen uns eine deutliche Kritik an der Politik seiner Fraktion zu sein. Zweimal sind Vertreter seiner Partei beim Reichskanzler gewesen und haben dagegen Einspruch erhoben, daß die Regierung es wagt, die erforderlichen Gesetzentwürfe weiter zu behandeln. In der Deutschnationalen Korrespondenz vom 11. Juni wird festgestellt: Das Volk sei betrogen um den Erfolg seiner Wahlen, getäuscht durch ein erschlichenes Vertrauensvotum. — Da hört doch alles auf! Wenn die deutschnationalen Wähler sich betrogen fühlen sollten, dann mögen sie es mit ihrer Fraktion abmachen, die die Verhandlungen wochenlang hinzog und durch immer neue Gründe und Vorwände scheitern ließ. Wenn von der genannten Korrespondenz die Person Dr. Stresemanns als Grund des Scheiterns herangezogen wird, so ist das bezeichnend. Er sei — so meint der Artikelschreiber — für die Deutschnationalen „untragbar und unerträglich". Wir wollen auf dem Wege der persönlichen Anzapfungen nicht folgen, sondern nur feststellen, daß es von keinen großen politischen Horizont zeugt, seine Haltung in vaterländischen Fragen von persönlichen Vorurteilen abhängig zu machen.

Die Parteiführer bei Stresemann.

Reichsaußenminister Stresemann empfing am Montag die Parteiführer zu einer ausgedehnten Besprechung. Gegenstand der Besprechung war in der Hauptsache die außenpolitische Lage. — Die Besprechungen wurden für streng vertraulich erklärt. Die Führer der Kommunistischen Partei und der Nationalsozialisten waren zu dieser Besprechung nicht eingeladen. Heute tritt, wie bereits gemeldet, der Auswärtige Ausschuß zusammen.

Deutscher Evangelischer Kirchentag.

Im weiteren Verlauf des Kirchentages berichtete der württembergische Prälat D. Dr. Schöll, Stuttgart, über den evangelischen Berufsgedanken und das Arbeitsleben. In einem hierfür gebildeten Sozialen Ausschuß sollen die von dem Vortragenden gestreiften Fragen weiter geklärt werden. Nachdem am Sonntag vormittag in sämtlichen Bielefelder Kirchen Festgottesdienste stattgefunden, in denen hervorragende Mitglieder des Kirchentages, u. a. Landesbischof D. Ihmels, Dresden, predigten, vereinigte nachmittags ein Waldfest unübersehbare Scharen von Gästen mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Kirchentags. Wohl an 12 000 Männer, Frauen und Kinder aus dem Ravensberger Land waren aus diesem festlichen Anlaß in dem stillen Bethel zusammengeströmt.

Der Kirchentag hat das Kirchenbundesgesetz, betreffend die Analiederung der evangelischen Brüderunität in Deutschland, einstimmig angenommen. Der Kirchenbund übernimmt damit die Vertretung der gemeinsamen evangelischen Interessen auch über die evangelische Brüderunität in Deutschland. Diese erhält das Recht, sich auf den Kirchentagen durch ein Mitglied vertreten zu lassen, dem indessen kein Stimmrecht zukommt. Der Präsident des Kirchentages, Freiherr von Pechmann, gab der besonderen Freude Ausdruck, daß die Brüdergemeinde als erste nicht landeskirchlich organisierte Kirchengemeinschaft den Weg zum Kirchenbund gefunden hat.

Scheidemann abbaureif.

Kassel, 17. Juni. (Radiotelegramm.) In der Stadtverordnetenversammlung kamen die Anträge der Rechtsparteien zur Verhandlung, die sich gegen den Oberbürgermeister und die städtische Verwaltung richten. Der erste Antrag verlangt, daß ein Ausschuß von 6 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt wird, der Bericht erstatten soll, welche leitenden Beamten der Stadtverwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister und besoldete Stadtverordnete) ohne Schädigung der städtischen Interessen abgebaut werden können. Der zweite Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung spricht gegen den Oberbürgermeister Scheidemann ihr Mißtrauen aus. Sie ist der Ueberzeugung, daß sein weiteres Verbleiben im Amte nicht im Interesse der Stadt Kassel sei. Er wird ersucht, hieraus baldigst die Folgerungen zu ziehen. Nach längerer Debatte wurde der Mißtrauensantrag mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen.

Kahls 75. Geburtstag.

Am 17. Juni feiert der Senior der Deutschen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Professor DDr. Kahl, seinen 75. Geburtstag. Dieser Tag bietet erneut Anlaß, die großen Verdienste dieses Mannes zu würdigen, die er sich um die Wissenschaft, die Politik und das kirchliche Leben erworben hat. Die Freunde aus der Deutschen Volkspartei werden seiner an diesem Tage besonders herzlich gedenken. Namens der Partei haben die Abgeordneten Stresemann und Kempkes dem Jubilar folgenden Glückwunsch übermittelt:

Zum 75. Geburtstage sendet die Deutsche Volkspartei ihrem Sochverehrten Senior herzlichste Glück- und Segenswünsche. Die Partei schätzt sich glücklich, an Ihrem reichen Leben und Ihrer unverwüstlichen Schaffenskraft so hervorragenden Anteil zu haben. Möge uns Ihr weiser und erprobter Rat, Ihr allezeit aufs Große gerichteter politischer Blick, möge uns vor allem Ihr ungebrochener, aus jugendlichem Herzen kommender Glaube an Deutschlands Zukunft noch viele Jahre Führer sein.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben an Geh.-Rat Dr. Kahl anläßlich seines 75. Geburtstages Glückwunschtelegramme gerichtet, in denen sie die großen Verdienste Kahls um die Rechtswissenschaft und die Politik hervorheben.

Der Fall Matteotti.

Das Verschwinden des italienischen sozialistischen millionenreichen Abgeordneten Matteotti zieht immer weitere Kreise. Sechs der wichtigsten Minister haben Mussolini ihre Aemter zur Verfügung gestellt. Der Ministerpräsident rief darauf sofort einen Kabinettsrat ein. Nach seiner Rückkehr aus Spanien empfing der König sofort Mussolini und ernannte auf dessen Vorschlag den Kolonialminister Federzoni zum Minister des Innern. Mussolini übernimmt interimistisch das Kolonialministerium. Mussolini erklärte im Ministerrate, daß die tatsächlichen Urheber der Entführung Matteottis verhaftet seien. Nach den übrigen Helfershelfern wird eifrig gefahndet. Mussolini teilte mit, daß der Rücktritt Finzis und Rossis in gar keiner Verbindung mit dem Verschwinden Matteottis stehe. Seines Amtes ist der Polizeipräsident von Rom, Bertini, enthoben worden. Der Präfekt von Triest, Monzaga, wurde zum Generaldirektor der italienischen Polizei ernannt

*

Rom, 17. Juni. Der geflüchtete Direktor des „Corriere Italiano", Filipelli, der als einer der Haupturheber an dem Komplott gegen Matteotti angesehen wird, ist heute nacht in Genua verhaftet worden. Sein Freund Naiel, der frühere Direktor des Blattes „Tempo", der Filipelli zur Flucht verholfen hat, wurde in Bologna festgenommen. Gestern abend hat sich auch der Chauffeur Filipellis, der das zur Flucht benutzte Auto in Sicherheit gebracht hat, der Polizei gestellt.

Türkisch-rumänisches Bündnis gegen Rußland.

Die in London aus Belgrad eingetroffenen Nachrichten bestätigen, daß ein türkisch-rumänisches Verteidigungsbündnis gegen Rußland von den beiden Regierungen unterzeichnet worden ist. Es wird dem Völkerbund unterbreitet werden.

Radfahrer! Mäntel und Schläuche im Spezialgeschäft Gumm.-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ja, das sind Sie, und darum will ich noch'n Andchen Jeduld mit Ihnen haben und heut noch mal aufräumen; aber es ist bestimmt das letztemal, daß ich es mache!"

„Damit drohen Sie mir alle Morgen, verehrte Frau Gumpert, und tun es doch immer wieder. Sie Perle aller Wirtinnen!"

Sie brummte geschmeichelt, während sie ein wenig Ordnung zu schaffen suchte.

„Anstatt die Waste hier auf dem Tische mit Kaffee und Asche zu beflacken, wollen wir sie dahin hängen, wohin sie gehört!"

Sie aufnehmend, bemerkte sie Nadel und Faden daran hängend.

„Was ist denn das?"

„Es fehlen zwei Knöpfe, und ich war eben dabei, sie anzunähen; aber es geht nicht gut."

„Das glaub ich auch! Ich werd's man schnall machen!"

„Dafür will ich mich auch sputen, unter die Haube zu kommen," sagte er dankbar, ihren flinken Fingern zuschauend. „Aber ich fürchte, meine Künftige wird Ihren Beifall nicht finden, Frau Gumpert! Ich hasse nämlich die ordentlichen Frauen. Die meine muß so liederlich sein wie ich, damit wir einander nichts vorzuwerfen haben!"

„Das ist doch all dumm Zeug!"

„Die reine Wahrheit! Feuere ich meine Stiebel nach rechts, so müssen die ihren nach links fliegen, und so fort, immer abwechselnd. Staubwischen, Aufräumen und all so'n Unsinn gibt es bei uns nicht. Ich danke für'n Reinmachteufel, der einen mit ewigem Putzen aus dem Hause treibt und das Leben zur Hölle macht! Meine Frau soll überhaupt nie aufräumen; höchst überflüssige Sache!"

„Nej, Herr Strampel, was haben Sie für Ansichten," sagte sie, erstaunt und tadelnd den Kopf schüttelnd.

„Ja, ja!" nickte er bekräftigend. „Als mein Weibchen muß sie auch einen festen vicheln können; nur keine Zimperliche, die nicht einen tüchtigen Schluck verträgt!"

Trotzdem Frau Gumpert den Schalk da neben sich schon geraume Zeit kannte, fiel sie doch noch oft auf seine Späße herein.

„Sie haben all wohl solch natte Hausfrau in Aussicht?" fragte sie daher entrüstet.

„Natürlich, wir sind bereits verlobt. Lange dauert es nicht mehr, dann führe ich mein Schätzchen heim!" lachte er fröhlich.

„Das wird ja 'ne jedejene Wirtschaft werden! Hoffentlich raucht die Frau Jemahlin auch Zigarren und streut die Asche überall umher!" bemerkte Frau Gumpert giftig.

„Zigarren? Nein! Meine Braut paßt lieber Pfeifen, einen richtigen kräftigen Knaster einstandorium, und sie nimmt mich überhaupt nur unter der Bedingung, daß ich mir ihn auch angewöhne!"

„Sie werden das doch nicht hier bei mir, in meiner guten Stube tun?" forschte sie, vor Schreck mit Nähen innehaltend.

„Ich warte damit bis nach der Hochzeit!" beruhigte er sie lächelnd. „Wenn Sie wollen, wohnen wir dann beide bei Ihnen, und Sie werden sich über uns freuen! Ein wahres Musterehepaar, sage ich Ihnen: Ich bin liederlich, sie ist liederlich, wir sind liederliche Leute!" lang er aufstehend, denn er war nun mit Frühstücken fertig.

Und in seinem Uebermut umfaßte er die rundliche, entsetzt dreinschauende Frau Gumpert mitsamt der Waste in ihren Händen, schwenkte sie in der Stube umher und setzte sie danach atemlos auf das Sofa ab. — So oder ähnlich endeten in der Regel immer der guten Witwe Erziehungsversuche. — —

An einem heißen Spätvormittage, Ausgangs Juli, kamen die drei Freunde aus den Vorlesungen der Universität. „Wenn es sich so traf, daß die Professoren der verschiedenen Fakultäten zu gleicher Zeit schlossen, pflegten Bruno Waren und Konrabin von Romberg Wilhelm bis zu der nahen Straße, in der er wohnte, zu begleiten, so auch heute.

„Warum nennen wir eigentlich dermaßen bei der kannibalischen Hitze?!" bemerkte letzterer, seinen Schritt verlangsamend, sich den Hut abnehmend und mit dem Taschentuch die feuchte Stirn trocknend.

„Ja, es ist geradezu drückend heiß!" pflichtete Konradin bei, dessen blasses Gesicht die glühende Sonne ungewöhnlich gerötet.

Und auch er entledigte sich seines leichten Strohhutes und behielt ihn, weiterschreitend, in der Hand.

Nur Bruno sagte nichts. Seinem scharfgeschnittenen Gesicht anerkte man unter dem schwarzen Filzhut die Hitze gar nicht an.

„Brateft du nicht auch, Freund Waren?" fragte ihn Wilhelm pustend.

„Nein! Mir ist die Temperatur ganz erträglich!" entgegnete er gleichmütig.

„Glückliches Krokodil!"

Indem waren sie an der Ecke angelangt, wo sie sich gewöhnlich zu trennen pflegten. Als sie beiden Wilhelm die Hand boten, um sich zu verabschieden, hielt der sie fest.

„Wißt Ihr was, Kameraden, kommt mit hinauf in meine Bude, euch erst an einem kühlen Trunk zu laben!" meinte er lebhaft. „Ich habe eine ganz famose Pulle Rüdesheimer liegen ein Geschenk eines meiner Privatschüler, dessen Vater Weinhändler ist; der wollen wir ungesäumt den Hals brechen."

Bruno machte ein bedenkliches Gesicht.

„Ich trinke, wie du weißt, niemals Wein, und muß daher danken —"

„Annehmen!" fiel Wilhelm energisch ein. „Tue mir den Gefallen, mal heute deine sonstige Enthaltsamkeit aufs Trockene zu setzen und selbst feuchtfröhlich zu sein, mein lieber Gottesgelahrter! Ich entbinde dich hiermit feierlichst und nehme die Sünde auf mich. Du wirst kein Spielverderber sein und mitkommen, verstanden?"

„Mitkommen will ich, dir zu Gefallen, aber das andere . . ."

„Wird sich finden!" nickte Wilhelm einfallend. „Unser Hohenstaufe hier wird mir meine Bitte auch nicht abschlagen, obgleich er sicher beim Papa einen oder den besseren Tropfen zu trinken gewöhnt ist!" wandte er sich darauf an diesen.

„Nein, gewiß nicht! Er macht sich gern das Vergnügen, bei seinem Freunde ein Glas auf dessen Wohl zu leeren!" erwiderte der junge Romberg eifrig.

„Na also!" nickte Wilhelm befriedigt.

Oben in seiner, von Frau Gumpert schön aufgeräumten, gemütlichen Bude angelangt, lud er die Kameraden ein, Platz zu nehmen und es sich bequem zu machen, während er aus seinem Eßschrank die Flasche Rheinwein holte und nach einem „Bin gleich wieder da!" mit derselben verschwand.

In der Küche stand seine Wirtin gerade mit der Bereitung ihres einfachen Mittagessens beschäftigt am Herd als Wilhelm hereinbrach. Die Flasche in das Leitungsbecken legen, den Hahn ganz aufdrehen, so daß der starke Wasserstrahl prall auf das Glas schlug und darüber hinaus in die Küche strömte, war das Werk eines Augenblickes.

„Aber nei, Herr Strampel, was machen Sie denn, die janze Küche schwimmt ja!" rief Frau Gumpert, entsetzt die lustig rinnenden Wächlein betrachtend, die sich auf dem Fußboden bildeten.

Und schleunigst rannte sie herbei, den Hahn zuzudrehen; er aber hinderte sie daran.

„Lassen Sie man laufen! Der Wein muß kühlen. Ich habe meine Freunde mitgebracht; die wollen doch keinen Glühwein trinken bei 25 Grad im Schatten!" schrie er, um das Geräusch des Wassers zu übertönen.

„Die Ueberschwemmung hier — das ist doch zu doll! Ich krieje ja Aerger mit meine Untermieter, denen lauft das Wasser auf den Kopf!" schrie sie ihrerseits, um sich bei dem Brausen verständlich zu machen.

Und so schrien sie sich gegenseitig ihre Einwendungen in die Ohren, die Frau, den Kochlöffel in der einen Hand, mit der anderen unablässig bemüht, den Leitungshahn zuzudrehen, welchen Wilhelm hartnäckig verteidigte.

Endlich gelang es doch der großen, kräftigen Wirtin, Wilhelm beiseite zu schieben und den Hahn zu schließen. Mit Schrubber und Scheuertuch machte sie sich dann daran, die Küche auszuwischen.

„Nei, so 'ne Unvernunft, so 'ne unnütze Arbeit! Und derweile brannt mein Essen an!" schalt sie dabei.

„Ich wollte doch bloß den Wein kühlen, Frau Gumpert!" meinte Wilhelm kleinlaut, der, nun die nasse Flasche im Arm, zusah wie sie den Eimer voll schmutziges Wasser ausgoß, ausspülte und ihn dann mit reinem füllte.

„Das konnten Sie man jleich sagen, anstatt mir die Küche voll zu planschen! Das macht man so!"

Und ihm die Flasche aus dem Arm nehmend, stellte sie sie in den Eimer reinen Wassers unter die Leitung hin und wendete sich wieder ihrem Essen zu.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240618017/fragment/page=0002